

Tabak-Arbeiter

Nr 52 / Bremen, den 26. Dezember 1925

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen.
— Monatlicher Bezugspreis 40 Goldpfennig ohne Beleglohn. — Anzeigenpreis 50 Goldpfennig für die obererhaltene Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme unter der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dübms.
— Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalz & Co. — Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand: Helmut u. Egon von Bremen, ab 1. 1. 1926: Dr. Hans-Joachim Kolbe 3446 — Geld- und Einzahlungskonten zu Johannes Krohn. — Kontokonto 3348 beim Postsparkamt Hamburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Groß- und Kleinhandelsbank Deutscher Kontoverein m. b. H. Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G., Berlin. — Verbandsvorsitzender: Karl Reichmann. — Verbandsauschuß: E. Schöne, Hamburg, Breitenfelder 37, Zimmer 45/46.

Zum Jahreswechsel

Von Pfarrer Emil Felden

Weihnachten liegt hinter uns, das schöne Fest, auf das sich unsere Kinder ebenso wie auch wir Erwachsenen lange gefreut hatten. Es ist an uns vorübergerauscht. Wie ein Traum. Sofort trat das Leben wieder an uns heran mit seinen großen Forderungen. So wie die Flut des Meeres nach Ablauf der Ebbe wieder ans Land herantritt. Ehe wir gedacht, ist der Silvesterabend, ist Neujahr da. Ehe wir uns recht besonnen, wird auch das neue Jahr alt geworden, wird es an uns vorübergerauscht sein.

Genau so wie es mit dem alten gewesen ist. Was hat es uns gebracht? Viele Sorgen, manchen Kummer neben einigen Freuden und frohen Stunden. Sein Frost hat viele Blüten getötet, die Neujahr 1925 verheißungsvolle Knospen waren. Fielen nicht in seiner Hitze viele Früchte ungerüstet zu Boden, auf deren Ernte wir uns gefreut hatten? Es war ein schweres Jahr. Es hat Krisen, Mißerfolge, Stockung aller Geschäfte, Arbeitslosigkeit in unerhörtem Ausmaß, und damit Elend und Not gebracht. Die Arbeiterschaft wird an dieses Jahr als an eines der aller-schwersten seit langem denken.

Wird das neue Jahr anders sein als das alte? Wer hoffte nicht darauf? Und doch wissen gerade wir Sozialisten, daß es nicht wesentlich verschieden von den dahingeschwundenen sein kann. Solange der Kapitalismus, also das System der Profitwirtschaft herrscht, werden Not und Sorge Hausgenossen der Arbeiterschaft sein. Das eine Mal mehr, das andere Mal weniger. Das übermächtige Kapital läßt nun einmal dem Arbeitenden nur soviel, als es ihm zur Lebensfristung lassen muß, wenn es ihn dazu nötig hat, in Werkstätten und Maschinenfabriken Werte hervorzubringen. Selbst bei günstiger Konjunkturschwankung des Arbeiters Lebenshaltung immer zwischen dem Kampf mit der Armut und dem Kampf mit der Not hin und her. Der Arbeiter ist dieser Wirtschaftsordnung nur Mittel zum Zweck. Was ist aber der Arbeiter dem Kapital in Zeiten der Krise? Nichts! Es kümmert sich dann überhaupt nicht um seine lebendigen Werkzeuge, es sei denn, daß ihnen etwas vom erarbeiteten Ueberfluß als Almosen abgegeben wird. Mögen sie sehen, wo und wie sie bleiben, wenn es nicht möglich ist, Profit zu erzielen, den Betrieb sich „rentieren“ zu lassen!

Ist dies nicht ein Grund zum Verzagen? Nein! Wir Sozialisten verzagen nicht. Wir wissen, daß diese kapitalistische Zeit mit ihrem Hinauf und Hinab eine Durchgangszeit ist, die in der Entwicklung der Menschheit durchgemacht werden muß. Wir glauben an andere, bessere Zeiten, an den Sieg des Sozialismus. Jedes Jahr muß uns diesem Ziele näherführen. Wir glauben auch, daß wir vieles dazu tun können, das Kommen einer wahrhaft neuen Zeit zu beschleunigen. Ernste Arbeit, zielbewusstes Wollen ist nötig. Wohl dem, der mit der Abkunft ins neue Jahr hineingeht, diese zu bestätigen.

Der Sozialismus will Zustände schaffen, die es jedem Menschen ermöglichen, wahrer Mensch zu sein und es immer mehr zu werden. Aber wir können, wenn wir zielbewußt sind, dies Werk jetzt schon bei uns beginnen. Worauf es ankommt, ist dies: daß wir des neuen Jahres Gaben, seine angenehmen und unangenehmen, nach Kräften ausnützen, um innerlich größer zu werden: Lebenskünstler.

Das Leben schenkt uns nichts. Was es uns in den Gang wirft, taugt in den allerbesten Fällen. Nur was wir ihm abringen in hartem Kampfe hat bleibenden Wert. Dies Menschsein, dies: immer mehr Menschwerden müssen wir in unserer Zeit dem Leben abringen im wahren Sinne des Wortes. Leid und Trübsal dürfen nicht die Macht über uns bekommen, daß sie uns bitter, menschenfeindlich, nutzlos werden oder gar verzweifeln lassen, so daß wir die Arme müde sinken lassen und aufhören, am Werke der Menschheitsbefreiung zu arbeiten.

Im Gegenteil: alles, was uns begegnet, muß uns dazu bringen, daß wir erst recht uns für die große Sache einsetzen, für die jeder echte Mensch, dem es ernst ist um Menschentum und Menschenwürde, das heißt, jeder Sozialist lebt und webt. Dann sind wir Lebenskünstler, die auch das Böse, das unsere Zeit uns und über uns bringt, ausnützen, um selbst innerlich höher zu kommen und unserem Ideal und damit der ganzen Menschheit zu dienen.

Wie hat in dieser Hinsicht das vergangene Jahr gewirkt? Das ist die Frage, die wir uns alle beim Jahreswechsel stellen wollen. Und dann gilt es, in uns selbst den festen Willen zu wecken, alles Verjämte im neuen Jahr nachzuholen. Sozialisten sind Menschen, die eine große und frohe Hoffnung ihr eigen nennen. Und wenn andere immer stöhnen und jammern und angesichts des großen Elends fragen: „Was hat denn das Leben für einen Sinn? Ist es nicht ganz und gar sinnlos?“ — Dann antworten wir: „Wir kümmern uns nicht um das, was man den „Sinn“ des Daseins nennt, um dessen Erfassung dicke Bücher geschrieben werden, nicht also um Fragen, die der Mensch nicht zu lösen vermag. Wir begnügen uns damit, unser eigenes Leben sinnvoll werden zu lassen. Das tun wir, wenn wir die Sinnlosigkeit der jetzigen Zustände nicht bestehen lassen wollen, sondern daran arbeiten, alles — das Wirtschaftsleben zuerst — sinnvoll zu gestalten. Wenn wir so unser kleines Ich dem großen Menschheits-Ich eingliedern, dann haben wir genug getan und unser Dasein sinnvoll gestaltet. Das genügt uns.“

Ja, das neue Jahr wird uns Schweres bringen, wird Freude und Leid in bunter Mischung über uns ausschütten. Aber wir fürchten uns nicht. Im festen Glauben an eine bessere, an die „neue Zeit“ arbeiten wir an ihrer Herbeiführung. Wohl denen, die mit diesem Wollen ins neue Jahr hineingeht. Wir Sozialisten können es. Wir jubeln auch in schweren Zeiten: „Mit uns geht die neue Zeit!“

„Die Vorgeschichte geht zu Ende,
es rückt heran die Wellenwende.
Ein neuer Morgen will nun werden:
Der Menschheit Frührot glüht auf Erden!“

(Jacobi)

Privatkapitalistische und öffentliche Wirtschaft

Die während des Krieges aufgetretenen Mißstände der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die skrupellose Bereicherungssucht des kapitalistischen Unternehmertums, das sich nicht scheute, die Not des Volkes in gewissenlosester Weise auszunutzen, veranlaßten, daß der Sozialisierungsgedanke in den weitesten Volkskreisen Eingang fand. Der Zusammenbruch des alten Systems, sein Verzagen auf dem Gebiete der Volksernährung sowie die Schwierigkeiten, die durch den Krieg zerrüttete Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, ließen die Sozialisierung selbst solchen Volkskreisen als einzige Rettung erscheinen, die den dahingehenden Bestrebungen der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft bis dahin wenig Sympathie entgegengebracht, sie sogar bekämpft hatten. Die Durchführung der auf die Sozialisierung der Wirtschaft gerichteten Forderungen scheiterte jedoch nicht nur, weil die Voraussetzungen hierfür zur damaligen Zeit die denkbar ungunstigsten waren sondern vor allem an der Uneinigkeit der Arbeiterschaft, die allein einem derartigen Vorhaben den erforderlichen Rückhalt geben konnte.

Mit der allmählichen Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft wurde die Forderung nach Sozialisierung in der Öffentlichkeit, und zwar Forderungen traten in den Vordergrund. Dennoch war sie nicht erledigt. Diese Stimmung hat denn auch in der in Weimar beschlossenen Reichsverfassung

Ihren Ausdruck gefunden. Nach Artikel 156 der Verfassung kann das Reich durch Gesetz, unbeschadet der Entschädigung, in sinngemäßer Anwendung der für die Enteignung geltenden Bestimmungen, für die Bergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen. Die Länder oder die Gemeinden können sich selbst an der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen und Verbände beteiligen oder sich daran in anderer Weise einen bestimmten Einfluß sichern. Auf dieser Grundlage sind Sozialisierungsgesetze erlassen worden, die insbesondere die gemeinwirtschaftliche Regelung bei der Ausnutzung von Kali, Steinkohle, Braunkohle, Pechkohle und Koks, Wasserkräften, sonstigen natürlichen Energiequellen und der aus ihnen stammenden Energie vorsehen. Die Öffentlichkeit hat von der Wirkung dieser Gesetze verhältnismäßig wenig erfahren. Der schnell wieder erstarkende Kapitalismus eröffnete einen heftigen Kampf gegen die Sozialisierung, mit dem Ziel, deren weiteres Vordringen aufzuhalten, zugleich aber auch die bestehenden staatlichen und kommunalen Betriebe zur Auflösung und in seine Hände zu bringen, oder — soweit das nicht gelang — sie in gemischtwirtschaftliche Unternehmungen umzuwandeln, in welcher Form sie für den privaten Kapitalismus unschädlich gemacht werden sollten. Unterstützt wurde er hierbei durch die ungünstige wirtschaftliche Lage, in die die öffentlichen Betriebe während der Inflationszeit gerieten, denen gegenüber die privaten Betriebe richtige Gewinne zu machen imstande waren.

von den kapitalistischen Interessenten verfolgte Ziel, aber doch nicht in so erheblichem Umfange erreicht, als es beabsichtigt war. Mit der Beendigung der Inflation zeigte sich nämlich, daß die öffentlichen Betriebe teils lebensunfähig waren, wie man sie von kapitalistischer Seite hingestellt hatte. Unter der Wirkung der Währungsreform blühten sie schnell auf und erlangten ihre Leistungsfähigkeit wieder, während nun umgekehrt die so privatkapitalistischen Betriebe und die zum Teil ins Ausgewachsene Konzerne zusammenbrachen, ein großer Teil der vielen, die in ihrem Glauben an die öffentliche Wirtschaftswirtschaft wankend geworden waren, noch rechtzeitig die Flucht ergriffen und sie wieder auf den rechten Weg zurückbrachten. Das hat dazu beigetragen, daß die Aufhebung öffentlicher Betriebe nicht, ihre Umwandlung in gemischtwirtschaftliche vereinzelt gelang, besonders aber die Zerschlagung des festgestellten angegriffenen Deutschen Werkes mißglückt festgestellt kann sogar werden, daß sich heute in der Zahl von industriellen Unternehmungen befinden als in dem Bestreben besteht, diesen Besitz noch weiter zu vergrößern.

Bestrebungen treten nicht nur beim Reich, sondern auch in den Ländern und Gemeinden hervor. Das Reich war durch den Besitz der Reichsbahnen, der Reichspost und der Reichstelegraphenverwaltung in Deutschland der größte öffentliche Betrieb. Die daneben in seinem Besitz befindlichen öffentlichen, sozialen und wirtschaftlichen Betriebe aufzuheben ist unmöglich. Zu den bedeutendsten Unternehmungen gehören die Deutsche Bodenkultur A.-G., die Rheinisch-Westfälische G. m. b. H., die Neckar A.-G., die Rheinisch-Westfälische A.-G. und die „Diag“ (Vereinigte Industrieunternehmungen A.-G., Berlin), ein Konzern, der eine Finanz-, Elektro-, Aluminium- und Stickstoffgruppe mit zusammen 60 rechtlich selbständigen Unternehmungen mit einem Kapital von 600 Millionen Reichsmark umfaßt. Durch diesen Konzern hat das Reich in neuerer Zeit maßgebenden Einfluß auf die Braunschweigischen Kohlenbergwerke A.-G. in Helmstedt gewonnen, wodurch es seine Kraftquellen zur Gewinnung von Elektrizität beträchtlich erweitert und von der Privatwirtschaft unabhängig macht. Dem gleichen Zwecke dient die Erwerbung der Aktienmehrheit der Elektrizitätswerke Liegnitz A.-G. in Schlesien, die mit der kommunalen Elektrizitätsgesellschaft A.-G. in Segan und den Ueberlandwerken Oberschlesien A.-G. in Verbindung stehen. In ähnlicher Weise dehnte die Deutsche Reichsbahn A.-G. ihren Einfluß durch Uebernahme von 38 Prozent der Aktien der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft A.-G. in Köln, sowie durch Beteiligung an der Verkehrsgesellschaft Deutschland auf Kosten des Privatbesitzes aus. Geplant ist, auch die bayrische Verkehrsgesellschaft „Bayerischer Lloyd“ in den Interessenbereich der Reichsbahn einzubeziehen, um so bestimmend auf die Entwicklung des deutschen Kraftverkehrs einwirken zu können. Die gleichen Ansätze zur staatlichen Monopolisierung sind auch auf dem Gebiete des Luftverkehrs vorhanden.

Wie das Reich gehen von den Ländern vornehmlich Preußen und Sachsen in der gleichen Richtung vor. Wie eine Probe auf die kapitalistischen Treiberen lautet es an, wenn man

erfährt, daß bei der Liquidation des Stinneskonzerns ein großer Teil seines Besitzes in die Hände des preussischen Staates übergegangen ist. So wurden u. a. erworben an Grundbesitz rund 10 000 Morgen Wald, ein Grundstück in Berlin, das Verwaltungsgebäude der Stinnes Eisenwerke A.-G. in Mülhausen und 12 Millionen Aktien der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke A.-G. in Essen. Ebenso ging die Aktienmehrheit der Stinnes elektrischen Betriebe A.-G. in Hamburg und der Schweizer Gesellschaft für elektrische Industrieunternehmungen in Glarus aus dem Besitz der Firma Siemens & Halske in den Besitz des preussischen Staates über. Außerdem hat dieser an einer Anzahl bisher rein privatwirtschaftlicher Unternehmungen die Beteiligung erworben, u. a. an der Ueberlandwerke und Straßenbahn A.-G., Hannover, der Hannoverischen Waggonfabrik A.-G. „Hawa“, der Preussischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. „Preußag“, der Brikkettfabrik Zabrje G. m. b. H. und der Firma Anton Rachi, Tiefbohrungen, A.-G. in Salzgitter.

Hervorragend sind die Leistungen des Freistaates Sachsen auf dem Gebiete der staatlichen Industrialisierung. Durch sein Vorgehen ist er sehr zum Leidwesen des Industriekapitals bereits in der Lage, einen sehr starken Einfluß auf die verschiedensten Unternehmungen auszuüben. Die staatliche Unternehmung „Sächsische Werke A.-G.“ steht mit der „Elektro A.-G.“ und zehn weiteren Industrieunternehmungen in enger Verbindung. Ferner hat der Staat das Kraftwerk „Westachsen“, die Pfortenberger Kraftwerke sowie die gesamten Stromverteilungsanlagen in einer Reihe von Amtshauptmannschaften übernommen. In der Thüringenwerk A.-G. und der Thüringischen Landeselektrizitätsversorgung A.-G. ist der Staat zur Hälfte beteiligt, während sich die andere Hälfte im Besitz des thüringischen Staates befindet. Daneben breitet Sachsen seine industrielle Beteiligung auch auf andere Gebiete, z. B. die Petroleumversorgung, Expedition usw., aus. In ähnlicher Weise geht man in Bayern, Baden, Württemberg, Mecklenburg und Hamburg vor, seine Bemühungen besonders darauf richtend, die Stromversorgung staatlich zu monopolisieren.

Dem Kapitalismus ist selbstverständlich das Vordringen der öffentlichen Wirtschaft im höchsten Maße unbequem. Die kapitalistischen Unternehmer betrachten es als unerhört, daß der Staat in ihre Domänen einbricht und ihnen die bisher bestandenen Ausbeutungsmöglichkeiten einschränkt. Um so mehr ist diese Entwicklung im allgemeinen Interesse zu begrüßen. Daß der sich so ausbreitende Staatskapitalismus noch keine Sozialisierung darstellt, wie sie von den Gewerkschaften gefordert wird, kann nicht abhalten, diese Entwicklung nach Kräften zu fördern. Denn wenn auch, wie Friedrich Engels in seinem „Anti-Düring“ sagt, das Staatseigentum an den Produktionsmitteln noch nicht die Lösung der Bergesellschaftungsfrage ist, so bildet sie doch das formelle Mittel, die Handhabe dazu. Das Gleiche gilt für die Ausdehnung der kommunalen Gemeinwirtschaft. M a t t u t a t.

Aus dem Tabakgewerbe

Die Ausführungsvorschriften zur Sonderunterstützung der Tabakarbeiter

Kurz vor der Drucklegung der vorigen Nummer dieses Blattes erreichte uns eine Zeitungsmeldung, die besagte, daß der Reichsrat dem zweiten Entwurf der Ausführungsvorschriften zur Sonderunterstützung der Tabakarbeiter seine Zustimmung gegeben habe, nachdem beschlossen worden war, den in Betracht kommenden Gemeinden nicht 75 Prozent, sondern 80 Prozent der gemachten Aufwendungen für Kurzarbeiter vom Reich zu erstatten. Um die Mitglieder unseres Verbandes so schnell wie möglich mit den beschlossenen Ausführungsvorschriften bekannt zu machen, änderten wir den uns zur Verfügung stehenden Entwurf entsprechend um und veröffentlichten ihn. Nachträglich stellt sich nun heraus, daß der Reichsrat noch andere, wenn auch meistens redaktionelle Änderungen vorgenommen hat. Wir werden deshalb die Ausführungsvorschriften in der nächsten Nummer dieser Zeitung noch einmal zum Abdruck bringen und begnügen uns für diesmal damit, auf die wichtigsten Änderungen, die an den in der vorigen Nummer dieser Zeitung abgedruckten Ausführungsvorschriften vorgenommen werden müssen, kurz hinzuweisen. Im Art. 3 heißt der Anfang des zweiten Satzes des ersten Absatzes richtig: „In jedoch die Erwerbslosigkeit unmittelbar durch die Abgabenerhöhung aus dem Gesetz vom 10. August 1925 verursacht, so gelten darüber hinaus folgende Sondervorschriften:

Der letzte Satz unter C im Artikel 4 lautet:

Die obersten Landesbehörden können anordnen, daß andere Stellen im Auftrage der zuständigen Bezirksfürsorgestellen die Unterstützungsmaßnahmen durchführen.

Dann ist ein neuer Artikel 9 geschaffen worden, der folgenden Wortlaut hat:

Verhältnis der Unterstützung bei Kurzarbeit zu den Verordnungen über Erwerbslosenfürsorge und über die Fürsorgepflicht

Die Unterstützung, die bei Kurzarbeit auf Grund des Gesetzes vom 10. August 1925 und dieser Ausführungsvorschriften gewährt wird (Artikel 4) gilt nicht als Kurzarbeiterunterstützung im Sinne der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 (Reichsgeblatt I S. 127) und nicht als Leistung auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 (Reichsgeblatt I S. 100).

Der bisherige Artikel 9, der vom Inkrafttreten handelt, ist nun Artikel 10 geworden in folgender Formulierung:

Diese Ausführungsvorschriften gelten mit Wirkung vom 1. Oktober 1925, hinsichtlich der Unterstützung bei Kurzarbeit jedoch nur bis zum 30. September 1926.

Wir behalten uns vor, die einzelnen Bestimmungen der Ausführungsvorschriften später einer kritischen Würdigung zu unterziehen und dabei auch zu prüfen, ob alle Bestimmungen mit dem Artikel III des Tabaksteuergesetzes in Einklang zu bringen sind. Durch die Ausführungsvorschriften ist nämlich der sowieso schon unzulängliche Artikel III des Tabaksteuergesetzes noch mehr verhandelt worden.

In der vorigen Nummer dieser Zeitung teilten wir aus der Begründung des Entwurfs der Ausführungsvorschriften mit, daß es dem Willen des Gesetzgebers entsprechen dürfte, wenn die Bedürftigkeit nicht engherzig geprüft wird. Ueber den Begriff Weitherzigkeit scheint die Regierung nun eine etwas merkwürdige Auffassung zu haben, denn sie hat im Reichstat dazugehörigen Bedenken erhoben, daß den Gemeinden mehr als 75 Prozent der gemachten Aufwendungen zurück-erstattet werden, weil in diesem Falle von den Gemeinden mit den Unterstützungen nicht sparsam genug vorgegangen werden würde. Jeder Kommentar ist da überflüssig.

Der Tabakaußenhandel im Oktober

Nach dem in „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichten vorläufigen Ergebnis wurden im Oktober 35 245 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 10 108 000 M eingeführt und 319 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 52 000 M ausgeführt. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres wurden 1 157 948 Doppelzentner Rohtabak im Werte von 248 573 000 M eingeführt und 2212 Doppelzentner Rohlabak im Werte von 536 000 Mark ausgeführt.

Tabaksteuereinnahmen im November

Im Monat November wurden insgesamt 59 134 441,85 M aus der Tabaksteuer vereinnahmt; davon 57 046 815 02 M aus der Banderolensteuer, 200 419,10 M aus der Materialsteuer einschließlich Ausgleichsteuer, 1815,85 M aus der Tabakerfabrikstoff-Abgabe und 1 885 391,88 M aus der Nachsteuer. Vom April dieses Jahres an wurden vereinnahmt 395 897 577,09 M aus der Banderolensteuer, 336 543,54 M aus der Materialsteuer einschließlich Ausgleichsteuer, 22 247,86 M aus der Tabakerfabrikstoff-Abgabe und 3 590 036,93 M aus der Nachsteuer. Das macht in acht Monaten insgesamt eine Tabaksteuereinnahme von 399 846 405 42 M. Im Entwurf des Reichshaushaltsplanes ist die Tabaksteuereinnahme für das Rechnungsjahr 1925 auf 526 200 000 M veranschlagt worden.

Rundschau

Die neue Lohnsteuer

In der vorigen Nummer dieser Zeitung gaben wir die Beschlüsse bekannt, die der Steuerauschuß des Reichstages in der Lohnsteuerfrage gefaßt hatte. Dazu kann nun mitgeteilt werden, daß auch der Reichstag sich diese Beschlüsse zu eigen gemacht hat, so daß sie vom 1. Januar 1926 an Geltung haben.

Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens über den Achtfundentag

Nachstehend nennen wir die Länder, welche das Washingtoner Übereinkommen ratifiziert haben, und das Datum der Eintragung der Ratifikation beim Generalsekretär des Völkerbundes: Oesterreich (12. 6. 24), Bulgarien (14. 2. 22), Chile (15. 8. 25), Griechenland (19. 11. 20), Indien (14. 7. 21), Italien (6. 10. 24), Lettland (15. 8. 25), Rumänien (13. 6. 21), Tschechoslowakei (24. 8. 21). Unter diesen Ratifikationen befinden sich drei bedingte:

Nach dem Wortlaut der von Oesterreich mitgeteilten Ratifikation tritt das Übereinkommen in diesem Lande erst in Kraft, wenn „es von den wichtigsten europäischen Industriestaaten, welche Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisa-

tion sind (Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien), und von den an Oesterreich grenzenden Staaten, welche mit Oesterreich wirtschaftliche Beziehungen pflegen (Ungarn, Polen, Jugoslawien, Schweiz, Tschechoslowakei), ratifiziert worden ist“.

Der Wortlaut, nach welchem die italienische Regierung zur Ratifizierung ermächtigt wird, sieht vor, daß das Inkrafttreten dieser Ratifikation der „bedingungslosen Ratifikation des Übereinkommens durch folgende Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation: Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und die Schweiz“ abhängig gemacht wird.

Schließlich hat die lettische Regierung vorgeesehen, daß das Übereinkommen in Lettland erst nach der Ratifizierung der drei Staaten, „denen im Sinne des Artikels 393 des Vertrages von Versailles die größte industrielle Bedeutung zukommt“, ratifiziert wird.

Deutschland und andere bedeutende Länder haben noch nicht ratifiziert. Da wartet einer auf den andern, und jeder beruft sich bei der Hinausschiebung der Ratifizierung auf den andern.

Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung

Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung betragen nach den neuen Bestimmungen vom 14. Dezember an w o c h e n t ä g l i c h :

	Im Wirtschaftsgebiet I (Osten)			
	in den Orten der Ortsklassen			
	A	B	C	D u. E
	Reichspfennige			
1. für Personen über 21 Jahre	138	129	120	111
2. für Personen unter 21 Jahren	83	78	73	68
3. als Familienzuschläge für				
a) den Ehegatten	48	45	42	39
b) die Kinder u. sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	33	31	29	27

	Im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)			
	1. für Personen über 21 Jahre	162	152	142
2. für Personen unter 21 Jahren	98	92	86	80
3. als Familienzuschläge für				
a) den Ehegatten	55	52	49	46
b) die Kinder u. sonstige unterstützungsberechtigte Angeh.	39	37	35	33

	Im Wirtschaftsgebiet III (Westen)			
	1. für Personen über 21 Jahre	174	163	152
2. für Personen unter 21 Jahren	105	98	91	84
3. als Familienzuschläge für				
a) den Ehegatten	60	56	52	48
b) die Kinder u. sonstige unterstützungsberechtigte Angeh.	42	40	38	36

Einschließlich der Familienzuschläge darf die Unterstützung, die ein Erwerbsloser erhält, in keinem Falle folgende Beträge übersteigen:

1. im Wirtschaftsgeb. I (Osten)	315	295	275	255
2. im Wirtschaftsgeb. II (Mitte)	360	340	320	300
3. im Wirtschaftsgeb. III (Westen)	400	375	350	325

Auf die W o c h e umgerechnet betragen die Unterstützungen

	Im Wirtschaftsgebiet I (Osten)			
	Reichsmark			
1. für Personen über 21 Jahre	8,28	7,74	7,20	6,66
2. für Personen unter 21 Jahren	4,98	4,68	4,38	4,08
3. für einen Mann nebst Frau	11,16	10,44	9,72	9,—
4. für eine Familie mit 2 Kind.	15,12	14,16	13,20	12,24
Der Höchstsatz für die Gesamtbezüge beträgt	18,90	17,70	16,50	15,30

	Im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)			
	1. für Personen über 21 Jahre	9,72	9,12	8,52
2. für Personen unter 21 Jahren	5,88	5,52	5,16	4,80
3. für einen Mann nebst Frau	13,02	12,24	11,46	10,68
4. für eine Familie mit 2 Kind.	17,70	16,68	15,66	14,64
Der Höchstsatz für die Gesamtbezüge beträgt	21,60	20,40	19,20	18,—

	Im Wirtschaftsgebiet III (Westen)			
	1. für Personen über 21 Jahre	10,44	9,78	9,12
2. für Personen unter 21 Jahren	6,30	5,88	5,46	5,04
3. für einen Mann nebst Frau	14,04	13,14	12,24	11,34
4. für eine Familie mit 2 Kind.	19,08	17,94	16,80	15,66
Der Höchstsatz für die Gesamtbezüge beträgt	24,—	22,50	21,—	19,50

Literarisches

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftslehre. Herausgeber: Theodor Leipart. Heft 12, 1925. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Preis 1 M.

In den letzten Monaten ist von verschiedenen Seiten in der „Arbeit“ versucht worden, die Begriffe Wirtschaftsdemokratie und Betriebsdemokratie klarer zu umgrenzen und die Beziehung zwischen Gemeinwirtschaft und Wirtschaftsdemokratie aufzuhellen. Im 12. Heft der „Arbeit“ behandelt Richard Seidel in eingehender Weise die Möglichkeiten und Grenzen der Betriebsdemokratie in seinem Aufsatz „Das Mitbestimmungsrecht in Betrieb und Verwaltung“. H. Schliestedt untersucht die Bedingungen, unter denen die Gewerkschaften an der Lösung des deutschen Produktionsproblems, an der technischen und organisatorischen Rationalisierung der Produktion mitarbeiten können. Dr. Bruno Raueder vergleicht die Rationalisierungs-Bestrebungen und Methoden in Amerika und Deutschland. Bruno Zischelsch analysiert die Gründe, aus denen den Produktivgenossenschaften ein Erfolg versagt bleiben mußte, und prüft, in welcher Richtung die gemeinwirtschaftliche Tätigkeit der Gewerkschaften erfolgen sollte. Otto Albrecht behandelt den Gesetzentwurf zum Endgültigen Reichswirtschaftsstat. Bernhard Göring setzt sich in einem Aufsatz „Die freien Gewerkschaften und die christliche Religion“ mit seinen Kritikern aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften auseinander. Paul Olberg untersucht an reichem statistischem Material den Stand der Arbeitslosigkeit in Sowjet-Rußland. Benno Weingart bringt seinen Aufsatz „Neues über den Chartismus“ zum Abschluß.

Die Rundschau bringt unter anderem Beiträge zu der Arbeiterbewegung in Italien, der Tschechoslowakei und China.

Ein ausführliches Inhaltsverzeichnis des zweiten Jahrgangs der „Arbeit“ ist dem neuen Heft beigelegt.

Verbandsteil

Am 26. Dezember ist der 52. Wochenbeitrag fällig
Statistik über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit

Dieser Sendung der Verbandszeitung liegt für jede Zahlstelle eine Statistikkarte bei. Diese Karte muß vollständig ausgefüllt dem Vorstand in Bremen bis spätestens 7. Januar 1926 zugeschickt werden, auch dann, wenn keine arbeitslosen oder kurzarbeitenden Mitglieder am Orte sind. Als Zähltag ist der 26. Dezember 1925* zu nehmen. Zahlstellenverwaltungen, die keine Statistikkarten erhalten haben, müssen die erforderlichen Angaben auf einer anderen Karte übermitteln.

Da die Angaben auf den Statistikkarten dem Statistischen Reichsamte in Berlin bis zum 10. eines jeden Monats übermitteln werden müssen, sind Statistikkarten, die verspätet eingehen, völlig wertlos. Die Zahlstellenverwaltungen mögen das beachten und für eine rechtzeitige Einlieferung der Statistikkarten Sorge tragen. Die Namen derjenigen Zahlstellen, von denen die Statistikkarte zu spät oder überhaupt nicht eingeschickt wird, werden im „Tabak-Arbeiter“ bekanntgegeben.

* Da der Zähltag diesmal auf einen Feiertag fällt, dürfen selbstverständlich nur die tatsächlich arbeitslosen und kurzarbeitenden Verbandsmitglieder gezählt werden und nicht etwa alle, die am zweiten Weihnachtstag feiern.

Hinke zur Quartalsabrechnung

Das alte Jahr geht seinem Ende entgegen und der Bevollmächtigte, der es mit der Erfüllung seiner Pflichten erlust nimmt, trifft schon jetzt die nötigen Vorbereitungen, damit seine Zahlstellenabrechnung vom vierten Quartal zu Beginn des neuen Jahres beim Vorstand in Bremen ist. Er wartet nicht, bis der Name seiner Zahlstelle im „Tabak-Arbeiter“ unter den Restanten veröffentlicht ist, um dann die Entdeckung zu machen, daß ihm „keine Abrechnungsformulare geschickt“ worden sind, weil sie inzwischen als Notizblätter oder Einwickelpapier Verwendung gefunden haben. Dem pflichttreuen Bevollmächtigten ist auch bekannt, daß die einzelnen Rubriken auf dem Abrechnungsformular einen Zweck haben und nicht etwa deshalb gedruckt worden sind, weil sonst der Platz auf dem Papier unausgenutzt geblieben wäre. Darüber hinaus weiß er, daß auf der zweiten Seite des Abrechnungsformulars auch die Fächer unter der neuen Rubrik „Erwerbslosen-Marken“ ausgefüllt werden müssen, und daß es seine guten Gründe hat, wenn der Vorstand wissen will, wie sich die Mitglieder am Schlusse des Quartals auf die einzelnen Geschlechter, Beitragsklassen und Berufe verteilen.

Der gewissenhafte Bevollmächtigte läßt aber auch die Verbandsgelder bei sich im Hause nicht aufsummen, sondern schickt sie in kurzen Zwischenräumen an den Vorstand in Bremen, weil er sonst Gefahr läuft, daß ihm die Gelder gestohlen werden oder er vom Vorstand eine Aufforderung erhält, die überschüssigen Verbandsgelder einzulenden. Ueber-

haupt würde es ihm sehr unangenehm sein, als Restant gemahnt zu werden oder den Namen seiner Zahlstelle unter den Restanten im „Tabak-Arbeiter“ zu finden. Deshalb sorgt er auch dafür, daß die Statistikkarte für seine Zahlstelle genau ausgefüllt und rechtzeitig dem Vorstand in Bremen zugestellt wird. Er tut es schon deshalb, weil er weiß, daß dem Vorstand das aus den Angaben auf den Statistikkarten gewonnene Material bei der Vertretung der Tabakarbeiterinteressen unschätzbare Dienste leistet.

Wie gesagt: alles dieses weiß und tut der pflichttreue und gewissenhafte Bevollmächtigte, und weil es im Deutschen Tabakarbeiter-Verband nur pflichttreue und gewissenhafte Bevollmächtigte gibt, wird die Liste derjenigen Zahlstellen, die ihre Quartalsabrechnung oder Statistikkarte zu spät oder überhaupt nicht einsenden, im neuen Jahre wohl sehr zusammenschrumpfen, oder, was noch besser wäre, „überhaupt verschwinden“.

Folgende Gelder sind eingegangen

1. Dezember: Offenburg 100,—.
4. Friesenheim 100,—.
11. Kirrlach 70,—. Coburg 30,—.
12. Lübbede 500,—. Schwewe 300,—. Jastrow 200,—. Pfaffenhofen 150,—. Destrungen 100,—. Lauffen 100,—. Brate 100,—. Klostal 100,—. Ansbach 60,—. Teningen 40,—. Offenburg 100,—.
13. Lauffen 150,—. Cleebronn 40,—.
14. Nordhausen 1000,—. Allgäuheim 133,—. Reilingen 100,—. Neulußheim 28,—. Hüder-Wien 150,—. Derlinghausen 100,—. Altenburg 100,—. Videnbach 50,—. Ueterjen 50,—. Woltersdorf 25,—. Priesbus 20,—. Dahme 300,—. Friesenheim 100,—. Oberottendorf 120,—. Brenzlau 200,—.
15. Burgsteinfurt 60,—. Südhemmern 200,—. Dahme 1500,—. Wanjen 70,—.
16. Alswede 21,70. Frantenberg 500,—. Schmölln 100,—. Mühlader 100,—. Baden-Baden 700,—. Langwedel 150,—. Dresden 1000,—.
17. Bremen 300,—. Menzingen 100,—. Hambrücken 75,—. Kirrlach 20,—. Sommerfeld 25,—.
18. Ochersleben 34,—. Breslau 300,—.
19. Emmendingen 200,—. Oberweier 50,—.
20. Gengenbach 59,80.
- Bremen, 22. Dezember 1925.

J. Krohn.

Ausgeschlossen nach § 13 des Statuts

Der Zigarrenarbeiter Carl Müller aus Kreuznach, zurzeit in Marburg a. L. (S. 321/1. 25.)

Briefkasten. Ohlau 15 A.



Kappel-

Schreib-Maschinen

unerreicht in Schnelligkeit!

Vertreter: **J. Straten & Co.**

Bremen. Orleansstraße 90.

Billige, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlossene G.-M. 3.—, halbweiße G.-M. 4.—, weiße G.-M. 5.—, bessere G.-M. 6.—, 7.—, daunenweiche G.-M. 8.—, 10.—, beste Sorte G.-M. 12.—, 14.—, weiße, ungeschlossene Kupffedern G.-M. 7,50, 8,50, beste Sorte G.-M. 10.—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet!

Benedikt Sackel, Lobes 245 b. Pilsen-Böhm.

Ein Hoch den Verbandsjubilaren!

Anna Rogoll	38 Jahre Verbandsmitglied
Pauline Boitas	38
Anna Schuelber	37
Pauline Auer	37
Karl Rogoll	36
Amalie Rebecky	36
Johanne Staroste	32
Emma Klipsch	30
Marta Rogoll	30
Luis Staroste	25
Paul Staroste	25

Die Mitglieder der Zahlstelle Ohlau

Rauch- und Schnupftabakindustrie

- Lohnforderungen 15, 31
- Lohnforderungen, Unternehmer zu, 35
- Lohnvereinbarung vom 11. Mai, 20
- Lohnvereinbarung, Allgemeinverbindlichkeit der, 24
- Lohnvereinbarung vom 11. Mai, Löhne der, 21
- Lohnvereinbarung vom 11. Mai, Kündigung der, 34
- Lohnvereinbarung vom 26. September, 40
- Lohnvereinbarung, Allgemeinverbindlichkeit der, 46
- Lohnverhandlungen 18, 19, 39
- Allgemeinverbindlichkeit des Nachtrages vom 30. 11. 24 6
- Ortsklasseneinteilung, Unternehmers zur, 8
- Ortsklasseneinteilung, Schlichtungsverhandlung, über, 9, 10
- Ortsklasseneinteilung, Schiedsspruch über, 11
- Ortsklasseneinteilung, Annahme des Schiedspruches über, 12
- Ortsklasseneinteilung, Allgemeinverbindlich. d. Schiedspr., 18

Aus dem Tabakgewerbe

- Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Dez. u. i. Jahre 1924, 3
- im Januar, 7
- im Februar, 11
- im März, 16
- im April, 20
- im Mai, 25
- im Juni, 29
- im Juli, 33
- im August, 38
- im September, 42
- im Oktober, 46
- im November, 51
- Arbeitsmarkt u. Wirtschaftslage, 1, 4, 8, 12, 17, 21, 47
- Artikel IIa oder III, 36
- Attentat auf d. Tabakarbeiter, 32
- Aufgaben der Tabakarbeiter im Jahre 1925 2
- Ausführungsbestimmungen zu Artikel III in Sicht, 43
- zum Artikel III des Tabaksteuergesetzes, Entwurf der, 48
- Ausführungsvorschriften vor d. Reichsrat, 51
- zur Sonderunterstützung der Tabakarbeiter, 51, 52
- Baden, Die Lage der Tabakarbeiter in, 33
- Belgien, Die Banderole in, 44
- Arbeitslosigkeit in, 3
- Betriebe und Vollarbeiter im Jahre 1924, 38
- Brandunglück in der Berliner Zigarettenfabrik Benetti, 36
- Noch ein Opfer des, 37
- Bremer Zigarrenladeninhaber, Aus einer Entschließung d., 39
- Endlich, 47
- Freizigaretten und Materialsteuer, 49
- Gemütlichkeit, Es geht nichts über die, 45
- Heimarbeit in der Tabakindustrie, 18, 20, 21
- Klassenunterschiede, 42
- Kompromißantrag der Regierungsparteien vor d. Steuerauschuß, 30
- der Regierungsparteien vor d. Reichstag, 29
- Kunzegebung der Tabakarbeiterverbände, Gemeinsame, 23
- Liste, Wichtigmacher, 22
- Mannheim, des R.D.G., Bezirksgruppe, 25
- Nachwachsen Tabakindustrie, Lage der, 25
- Parteien, Die Stellungnah. d., 20
- Rätsel, Das große, 24

- Rechtfertigung, Eine christlich-nationale, 46
- Noch eine christlich-nationale, 51
- Reichs-Tabak-Forschungsinstitut, Errichtung eines, 35
- Reichstag Berlin, An den Deutschen, 7, 24
- Reichstages, An die Mitglieder des, 21, 23
- Reichstagsabgeordneten? Wie stimmten die, 34
- Schanzen, Auf die, 11
- Schlüter, Rede unfr. Kollegen, 30
- Standal, Ein, 40
- Steuergemeinschaft u. Zwangssyndikat, 29
- Steuerzuscherei, 31
- Tabakanbau im deutschen Zollgebiet im Erntejahr 1925, 50
- Tabakarbeiter nun zu tun, Was haben die, 11
- Tabakarbeiter in den Parlamenten, 5
- Tabakarbeiterin im Reichstag, Eine, 3
- Tabakaußenhandel, Etwas v., 22
- im November 1924, 5
- im Dez. und im Jahre 1924, 9
- im Januar, 13
- im April, 26
- im Mai, 31
- im Juni und im ersten Halbjahr 1925, 35
- im Juli, 40
- im August, 43
- im September, 48
- im Oktober, 52
- Tabakbesteuerung und die Tabakarbeiter, Die, 22
- Tabakerzeugnisse von Juli bis September 1924, Besteuerte, 4
- vom April bis Juni 1925, Besteuerte, 42
- Tabakgewerbe im Rechnungsjahr 1923, Das deutsche, 48
- Tabakindustrie, Etwas von der russischen, 15
- Tabakmonopol kommen, Wird ein, 46
- Tabaksteuer, Der Ertrag der, 25
- Gegen die, 15
- vor dem Reichswirtschaftsrat, Die, 15
- vor dem Reichstag, Die, 19
- Tabak- und Biersteuer, Gutachtliche Aeugering der Bremer Arbeiterkammer über den Entwurf eines Gesetzes über Erhöhung d., 13
- Tabaksteuer und Tabaksteuerunterstützung, 34
- Tabaksteuer- und Zollerhöhung, Die heftige Regierung gegen jede, 15
- Tabaksteuerdebatte im preussischen Landtag, 27
- Tabaksteuereinnahmen im Dezember 1924, 5
- im Januar, 9
- im Februar, 13
- im März und im Rechnungsjahr 1924-25, 17
- im April, 22
- im Mai, 28
- im Juni, 32
- im Juli, 36
- im August, 41
- im September und im ersten Halbjahr des Rechnungsjahres 1925-26, 44
- im Oktober, 48
- im November, 52
- Tabaksteuererhöhung, drohende, 19
- Gegen die, 26
- Der Reichsrat für, 18
- und Unterstützung der Tabakarbeiter, Die heftige Regierung zur, 21
- Tabaksteuergegentwurf vor d. Steuerauschuß des Reichstages, Der, 27

- Tabaksteuergesetzes, Die erste Lesung des, 20
- Die endgült. Gestalt d., 33
- Die Folgen des, 46
- Tabaksteuerrecht, Gegen das, 22, 28
- Tabaksteuervorlage, Die gemeinsame Konferenz der Tabakarbeiterverbände geg. d., 24
- Tabakverein, Der „diplomatische“ Deutsche, 18
- Tabakzölle, Die preussischen Deutschnationalen f. höhere, 5
- und Tabaksteuern in Deutschland, 17, 18, 19
- Tabakzoll, Das Zentrum und der, 11, 12
- Tabakzoll- und Tabaksteuererhöhungen, Gegen, 13
- u. Tabaksteuerfragen, 4, 7, 9
- Uebererfüllungspositiver, 20
- Unternehmerorganisationen im Tabakgewerbe, 25
- Unterstützung der Tabakarbeiter, Zur, 35
- Weinbauern u. Tabakarbeiter, 34
- Zentrum fragt an. Das bad., 47
- Zigarettenfabrikation, Die unrentable, 4
- Zigarettenherstellungsmaschine, Eine, 4
- Zigarettenfortiermaschine, Eine, 42
- Zigarettenfortieren mittels Elektrizität, 14
- Zigarettenfabrikanten, Ein Sondertanz der, 28
- fordern ein Zwangstaktell, Die, 49
- Zigarettenindustrie, Die Struktur der, 32
- Konzentration in der, 14
- Weitere Konzentration i. d., 46
- Konzernbildungen in der, 4
- Zur Konzernbildung in d., 26
- Zusammenballung in der, 7
- Ein bedeutender Zusammenbruch in der, 16
- Die werdende Wirtschaftsgemeinschaft der, 30
- Zigarettenkonzern, Caland-Recentma-Jasmah, 41
- Zigarettenpapier, Auch noch Zollerhöhung auf, 31

Arbeiterbewegung

- Akademie der Arbeit und Arbeiterbewegung, 32, 33
- Amerikas, Aus der Arbeiterinnenbewegung, 22
- Die Gewerkschaften, 47
- Die deutsche Gewerkschaftsdelegation in, 3, 4, 7
- Eine Studienreise der Deutschen Gewerkschafter nach, 41
- Amerikanischen Gewerkschaftskongreß, Die deutsche Gewerkschaftsdelegation auf d., 44
- Arbeiterbank, Arbeitergeld nur in die, 42
- Günstige Entwicklung der, 50
- Arbeiterinnen u. Gewerkschaftsbewegung, 48
- Die Bedeutung der Gewerkschaften für die, 38
- Arbeiterinnenbewegung, Zur Entwicklung der 18
- Arbeiterinnenkomitee, Intern. gewerkschaftliches, 4
- Aufruf des, 47
- an die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, 47
- am 3. und 4. November 1925 in Amsterdam, Tagung d., 48
- Arbeiterjugend u. Gewerksch., 48
- Bäder u. Konditoren, 40 Jahre gewerkschaftl. Organisat. d., 25
- Befestungsverlängerung, Die rhein. Gewerksch. gegen, 2
- Bundesauschuß d. ADGB, 6, 13, 22, 26, 35
- Christlichen Gewerkschaften und das Intern. Arbeitsamt, Die, 18

- Dänemark, Der große Arbeitskampf in, 19, 22
- beendet, Der Arbeitskampf in, 25
- Ebert, Fritz, 10
- Eberts, Die freien Gewerkschaften am Grabe, 11
- Englands, Aus der Arbeiterinnen-Bewegung, 22
- Form der gewerkschaftlichen Organisations, Die beste, 32, 33, 35
- Frau im Betrieb und in der Gewerkschaft, 9
- Frauen, Agitation unter den, 20
- Frauenfragen für die Gewerkschaften, 50
- Gelbe Geheimverbände, Reichsgelder für, 31
- Gelben Gewerkschaften, Praktiken der, 11
- Genossenschaften und Gewerkschaften, 45
- Genossenschaftsbund, 30 Jahre Internationaler, 35
- Genossenschaftslag, Intern., 27
- Gewerkschaften, Der Aufstieg der, 29
- Die deutschen, 22
- 1924, Die freien, 37
- Gewerkschaftsbank, Das erste Jahr, 15
- Gewerkschaftsbewegung, Die ideale Seite der, 45
- Gewerkschaftsfunktionär, Der, 2
- Gewerkschaftsmacht oder Geschenke von Schlichtungsinstanzen, Erfolge durch die, 14
- Grenzen der gewerkschaftlichen Macht, Die, 46
- Jahrtausendausstellung in Köln, Die Gewerkschaften auf der, 29
- Internationalen Gewerkschaftsbundes u. d. Soz. Arbeiter-Internationale, Gemeinsame Sitzung d. Exekutive des, 3, 43
- IGB, am 4. und 5. Dez. 1925 in Amsterdam, Sitzung des Ausschusses des, 51
- Jugendlichen Mitglieder der Gewerkschaften, Die, 32
- Jugendtundgebung zum Gewerkschaftskongreß, 30
- Jugendkonferenz, Gewerkschaftliche, 28, 35
- Klassenkampf und gewerkschaftl. Kulturarbeit, 6
- Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, Der 12., 22, 32
- Die Beschlüsse des, 37, 38, 40
- Konsumvereine, Pensionstasse d. Zentralverbandes deutsch., 19
- Kulturaufgabe der Gewerkschaftsbewegung Die, 16
- Kundgebungen der freigewerkschaftl. Spitzenorganisat., 13
- Anti-Kriegstag, Der erste Mai 1925 als, 13
- Maiaufruf des IGB. und des ADGB., 14
- Nahrungs- und Genußmittelarbeiter-Verband, Deutscher, 1
- Nothilfe, Für Auflösung der technischen, 21
- Oesterreich, Die Organisation der Frauen in, 11
- Oesterreichische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1924, 25
- Reichstanzler, Die Gewerkschaftsführer beim, 16
- Reichspräsidenten, Die Gewerkschaftsvertreter beim stellv., 15
- Reichspräsidentenwahl, Aufruf des ADGB. zur, 17
- Republik u. Gewerkschaften, 17
- Russischen Gewerkschaften, Mängel der, 50
- Selbsthilfe, Feuer- und Sachversicherung-Altiengeßsch., 23
- Sillier, Otto, 11
- Sparen, Wie kann der Gewerkschafter, 30, 44
- Streitkasse, Problem der zentralen, 35, 41

Umbreit, Paul, 25 Jahre Redakteur, 12
Unternehmerverbände und Gewerkschaften, 31
Verbandsmitglied, Eine Frage an jedes, 29
Vereinigungsfreiheit, 17
Volkspflege, Die, 26
Eine neue Tat der, 44
Warenhandel, Mißbrauch d. Gewerkschaftsorganisationen z., 9
Werbetätigkeit. Mitarbeit an d. gewerkschaftlichen, 9
Werkgemeinschaft und Arbeiter, 11
Wirtschaftskrise, ADGB. zur, 51
Wirtschaftsreaktion und Unternehmerdeutsch, ADGB. gegen, 25
Yorks, Zum 50. Todestage Theodor, 2

Arbeitsrecht und Betriebsrätepraxis

Arbeiterinnen in der Betriebsvertretung, Die, 24
Arbeitsgerichte u. ihre Zuständigkeit für Arbeitsstreitigkeiten, Die, 4
Arbeitsgerichtsgesetz, Ein neuer Entwurf eines, 41
Die Begründung zum Entwurf eines, 46
Rechtsanwälte und, 46, 50
Arbeitsgerichte, Richter, Rechtsanwälte und, 45
Arbeitsrecht in der Reichsverfassung, Das, 1
Betriebsobmann nach § 123 Ziff. 5 der Gewerbeordnung fristlos zu entlassen? Berechtigt das Wort Quatsch den Unternehmer, den, 45
Betriebsrat ist gegenüber dem Unternehmer völlig gleichberechtigt. Verhandlungsgem., 46 besteht auch dann zu Recht, wenn sich nur eine Arbeitnehmergruppe an der Wahl beteiligt hat, 36
nicht vorhanden ist? Kann ein Arbeiter nach § 84 des BRG. das Arbeitsgericht anrufen, wenn ein, 17
Betriebsrätewahlen. Aufruf für die, 6
und Arbeiterinnen, 9
Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses zu d., 6
Wichtiges zu den, 8
Betriebsstilllegung liegt nicht vor, wenn die Belegschaft entlassen wird, um den Betrieb mit neu eingestellten Arbeitern fortzusetzen, 26
Betriebsversammlung, Polizei m. Gummiknütteln i. einer, 26
Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden, Die Zustimmung des Betriebsrates ist notwendig zur, 45
Entlassung, Eine vorübergeh. Entfernung ist kein Grund zur fristlosen, 27
weg. zuviel Tabakverbrauch, 6
Entlassung wegen Schwangerschaft ist eine unbill. Härte, 52
Entlassungspapiere u. Schadenersatz, 1
Entlassungsschutz des Betriebsrates, Irrtümliche Banderolierung und, 43
Entlassungstreitigkeiten a. dem Betriebsratgesetz, Vereinfachung des Verfahrens, 15
Erfahrungen mit den Betriebsräten in Deutschland, 4
Fehlen der Betriebsvertretung, Welche Folgen hat das, 7
Frau in der Betriebsvertretung, Die, 49
Genossenschaftsbetrieben, Zur Beachtung für die Tabakarbeiter in den, 20

Hasche (Leipzig), Eine Konferenz der Betriebsräte der Firma, 8
Hilfsarbeiter Arbeitnehmer des Seimarbeiters oder d. Zigarrenfabrik? Sind, 25
Kündigung bei Anstellung auf Probe od. Aushilfe, Tägl., 17
Kündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder, Der, 50
Lohnungsmethoden, Mitwirkung des Betriebsrates bei Aenderung der, 4
Lohnanprüche, Wann verjähr., 3
Rechten des Betriebsrats, Von den, 12
Rechtsstellung des Betriebsrats, Die, 42
Schadenersatzpflicht des Arbeitgebers beim Fehlen eines Betriebsrates, 27
Schutz der Alten. Zum, 10
Sozialversicherung u. Betriebsräte, 14
Tarifverträge, Weiterwirkung abgelaufener, 21
Urteil, Ein unverständl., 2, 26
Versäumnis der Fristen verschuldet, Der Betriebsrat ist haftbar, wenn er die, 26
Warenhandel d. Betriebsräte, 16
Werkbeurlaubungen in Baden, Vereinbarungen über, 18

Soziales u. Volkswirtschaft

Achtstundentag u. Jugendliche, 21
Agrarzölle und Industrie, 29
Arbeit, Die hygienische Gestaltung der, 5
Arbeiterschut. Unfallverhütung und Gewerbehygiene, 6
Arbeitsamt, Der Verwaltungsrat des internat., 25
Arbeitskonferenz, Die 7. Int., 21
Arbeitskonferenz in Genf, Die Arbeitervertreter auf der 7. Internationalen, 23
Arbeitslosenversicherung, 10
Ein neuer Entwurf für eine, 1
Gesetzentwurf über, 41
Arbeitslosigkeit, Intern. Bestrebungen z. Verhütung der 9 in verschied. Ländern, Die, 14
Arbeitspausen, Zur Regela. d. 38
Arbeitszeit, Fragen der, 49
und Gesundheitsschutz, 8
Arbeitszeitabkommen, Die Durchführung des Washingtoner, 48
Arbeitszeitgesetz, Ein neues, 2
Die neue Regierung u. das 9
Arbeitszeitverordnung und Gewerbeaufsicht, 27
Berufsberatung, 6
Berufstätigkeit und sittliche Gefährdung, 36
Bevölkerungsbewegung, 28
Elend der Massen. Das soz., 28
Entwicklung des Proletariats, Die Tendenzen der zahlenmäßigen, 34
Erwerbslosenfürsorge, 3
Die neuen Höchstlöhne i. d., 7, 52
Erwerbslosenunterstützung, Erhöhung der, 51
Ueber die Höchstdauer der, 3
Erwerbsloser, Pflichtarbeit unterstützter, 23
Erwerbslose und Kurzarbeiter, Hilfe für, 49
Erwerbslosen und Kurzarbeiter, So behandeln d. bürgerlichen Parteien die, 50
Familienversicherung, Die Fortschritte der, 41
Ferien, Jugendverbände für, 7
Ferienheim für die Jugend, 41
Ford und Taylor, 1
Frauen, wehrt Euch! 28
Frau erspart, ist so gut wie das, was der Mann erwirbt, Was die, 7
Freizeit, der erwerbstätigen Jugend, Die, 32

Freizügigkeit, Beschränkt. d., 33
Fürsorge, Die öffentliche, 3
Gegensätze, Selbstame, 15
Genossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im zweiten Viertel. 1925, Die, 41
Genossenschaftliches Betriebskapital-Versicherungswesen, 24
Genossenschaftsbewegung für die Familie und die Gesamtheit, Die Bedeutung der, 49
Geburtenziffer in Stadt und Land, 16
Gewerbeaufsicht u. Wohlfahrtspflege, 12
Gewerbeinspektion, Ein Tag, 3
Handelsverträge und Gewerkschaften, 1, 3
Heimarbeiter, Hilfe für, 41
Heimarbeitsausstellung, Eine 3, 19, 20
Lehren der, 21
Heimarbeiter = Zuschläge sind steuerfrei, Tarifliche, 25
Invalidentrenten, Aufwertg.d., 18
Invalidentversicherung, Aenderungen in der, 33
Erhöhung der Renten in der, 32
Leistungen der, 47
Eine neue Lohnklasse f. die, 31
Jugend in Not, Schützt die, 46
Jugendschutz durch Gesetz oder durch Tarifverträge, 43
Kinderarbeit, Erlasse über gewerbliche, 36
Kinderelend, Deutsches, 10
Kindersterblichkeit, Intern. Maßnahmen gegen die, 41
Kleinkinder in Preußen im Jahre 1924, Gesundheitszustand der, 44
Konsumgenossenschaften i. Jahre 1924, Die deutschen, 14
Lehrreiche Zahlen von den deutschen, 14
Konsumgenossenschaftsbewegung, Ueber Stand u. Leistung d., 5
Konsumkräfte, Die genossenschaftliche Konzentration d., 21
Krankenkasse bei Arbeitsunfähigkeit, Beiträge zur, 39
Krankenkassenbeiträge berechnet, Von welchen Einkommenbeiträgen werden die, 39
Krankenkassentag in München, 30
Krankenstand in Deutschland, Der, 51
Krankenversicherung, Entwicklung der deutschen, 32
Kriegsopfer, Die Renten der, 46
Kulturkampf, Wirtschaftl., 33
Landwirtschaft Not? Leidet d., 32
Lastenverteilung, Für eine gerechte, 18
Lebensmittelpreuerhöhung und Volksgeundheit, 35
Löhne und Teuerung, 44
Lohnabbau, Die Unternehmer fordern, 25
Lohnpolitik, Steigerung der Reparationslasten durch die gegenwärtige, 8
Lohnsteuer, Aenderung der, 40, 45
Lohnsteuer? Wie ermäßigt man die, 50
Lohnsteuer, Erstattg. von, 33, 37
Neuregelung der, 23, 52
Senkung der, 49, 51
4,6 Mill. zurückgezahlt, 49
Mehlzölle u. Milchpreuerhöhung, Gewerkschaftl. Protest gegen, 5
Mieterschutzesgesetzgebung, 43
Mietsteigerung, Gegen die, 31
Mutter, Schutz der berufstät., 17
Mutterchutz in Gefahr, 23
Preisabbau, Etwas vom, 42
Preisabbauaktion der Reichsregierung, Material für die, 39
Preisen, Herunter mit den, 1
Preissenkungsaktion, Abb. d., 41
Produktion und Arbeit, 14

Reichsarbeitsministerium u. Unternehmererschutz, 42
Reichsarbeitsministers, Der Rechtfertigungsversuch des, 44
Reichsindex in Sicht, Umgestaltung des, 8
nach der neuen Berechnung, 11
Der verbesserte, 12
Kritik am neuen, 15
für März, 14
für April, 19
für Mai, 23
für Juni, 28
für August, 36
für September, 41
für Oktober, 45
für November, 49
Reichswirtschaftsrat, Referentenentwürfe über den endgültigen, 45
Reichswirtschaftsrat, Um den endgültigen, 50
Säuglinge, in Preußen i. Jahre 1924, Gesundheitszust. der, 43
Säuglingssterblichkeit in Preußen, Weiterer Rückg. der, 24
Schlichtungsbehörden, Tätigkeit der, 44
Schutzpolitik, Erklärung des Vorstandes des Intern. Gewerkschaftsbundes geg. die, 29
Schwangere Arbeiterinnen, Schutz für, 32, 37
Schwangerschaft, Frauenerwerbsarbeit bei, 42, 47
Schwangerenschutz, Für einen besseren, 16
Schwertriebsbeschädigtenschutz, Etwas vom, 47
Sozialen Belastung der Wirtschaft, Zur, 36
Soziale Lage der Arbeiter und ihre seelischen Auswirkg., 36
Soziale Not und Bevölkerungsstatistik, 37
Sozialisierungsproblem, Das, 31
Sozialismus und Gemeinwirtschaft, 5
Sozialpolitik, Die Weltlage d., 1
Sozialpolitische Regierungsvorlagen, 4
Sozialversicherung, Stand d., 16
Steuerabzug vom Heimarbeiterlohn, 13, 15
Steuerbeiträge, Rückerstattung zuviel gezahlter, 24
Steuerreform, Für eine soz., 9
Kapitalistische, 18
Stillschließung, Beibehaltung d., 37
Sündenbock gesucht, Ein, 36
Tarifverträge i. Jahre 1923, 3
Teuerung marschiert, 32
Tuberkulose und ihre Bekämpfung, 25, 27
Unfallgesetzgebung, Die neue, 28
Unfallrentenempfänger, Wichtig für, 48
Unfallversicherung, Forderungen zur, 16
Urlaub für erwerbstätige Jugendliche, 22
für die Jugendlichen, Die Frauen fordern, 29
Volkskraft, Bedenklicher Rückgang der, 17
Warnung in letzter Stunde, 33
Washingtoner Abkommen, J., 1
Ratifizierung des, 52
Wirtschaft und die Arbeiter, Die deutsche, 49
Wirtschaft als Gesamtprozess, 22
Privatkapitalistische und öffentliche, 52
Wirtschaftsbund, Ein genossenschaftlicher, 2
Wirtschaftsdemokratie, 42
Wirtschaftsgeld der Hausfrau als Kapitalmacht, 6
Wirtschaftsjahr 1924 Das, 2
Witwen und Waisen in der Sozialversicherung Die Versorgung der, 19
Wohlfürsorge, Das Ende d., 5

Wochenhilfe, Gegen den Abbau der, 28
Die Krankentafeln gegen den Abbau der, 30
Neuordnung der, 20
Wohnungspolitik und Arbeiterschaft, 32
Zolle, Gegen die, 25
Zoll, Die Belastung der Lebensmittel durch den, 28
Zollmauern ringsumher -- Erhöhte Steuerlasten -- Was ist zu tun? 38 39
Zolltarif und Lebenshaltung, 30
Zolltarif, Reichswirtschaftsrat gegen, 25
Zollvorlage, Die neue, 23
Kampf um die, 27
Zollwucher, Gegen den, 28
Zusammenarbeit, nicht Isolierung, 31
Zwischenhandel, Belastung der Verbraucherschaft durch den, 7

Literarisches
 2, 4, 5, 7, 12, 16, 18, 22, 31, 35, 37, 38, 41, 42, 44, 45, 46, 47, 48, 52
Allgemeines u. Unterhaltung
Agitation von Mann zu Mann, Jurid. zur, 48
Anderen, Die, 38
Arbeiter, Der national gef., 12
Arbeiterin, An die unorganisierten, 48
Ausgetretenen, Die, 46
Brücken od. Der, 35
Buch, Den Schaffenden d. gute 21
Bücher u. Gewerkschaften, 29
China, Die eigentlichen Ursachen der Unruhen in, 28
Egoismus Der, 41
Eigenart u. Klasseninteresse, 12
Erlösung, Der Menschheit, 51
Frau in der Genossenschaftsbewegung, Die, 49
Frau, Neue Aufgaben der, 41
und die Zukunft, Die, 26

Frauenarbeit, Radio-Reden in d. Vereinigt. Staaten über, 1
Frauen, Der genossenschaftliche Verdienst der, 12
im Bauernkrieg, Die, 24
Gewerkschaftsführern, An die Laterne mit den, 48
Hausfrau, John Gebote für die eintausende, 36
Jahreswechsel Zum, 52
Jah, Das liebe, 30
Indifferenten, Die, 8
Kämpfer, Der junge, 17
Kindern, Ueber Seelenkonflikte bei, 26
Kolb, Das Schicksal d. Marie, 45
Kriegsverluste Deutsche, 9
Lehrgeld, Hartes, 15
Nichtorganisierten An die, 24
Organisiert Euch! 31
Rechtsempfinden und Arbeiterschaft, 5
Spitzen, Kauf deutsche, 43
Synodus, Der Herr, 42

Tabak (Eine Mahnung), 13
Tabakarbeiterinnen von Sevilla, Die, 18
Toujel, Der arme, 44
Unorganisierte, Der, 20
Unorganisierte sind wie die Hummer, 28
Verräter, Der, 32
Verfassungsreform, 18
Volks-, Berufs- u. Betriebszählung vom 16. Juni 1925, 23
Volkszählung am 16. Juni 1925, Ergebnis der, 32
Volkszählungsergebnis im Deutschen Reich, Vorläufiges, 47
Vorrechte, 14
Weihnachtsfest der Arbeitslosen, Das, 51
Wille und Weg, 24
Wille zur Macht, Der proletarische, 1
Wolf im Schafpelz, 29
Worte und Wirklichkeit, 42
Zigaretten, Sieben, 19

Aus der Betriebsrätepraxis

Entlassung wegen Schwangerschaft eine unbillige Härte

Wir entnehmen hierüber der Nr. 13 der „Einigkeit“, des Organs des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verbandes, folgendes:

Die Firma Otto Krumm, N.-G., Blüdershausen, hatte eine Arbeiterin wegen Schwangerschaft entlassen. Die Arbeiterin erhob Wiedereinstellungsklage. Die arbeitsgerichtliche Kammer des Schlichtungsamtes Stuttgart entschied, daß die Firma verpflichtet ist, die Arbeiterin wieder einzustellen oder an Stelle dessen die gesetzliche Abgangentschädigung zu zahlen.

In der Begründung wurde angeführt, daß die Handlungsweise der Firma zweifelsohne eine unbillige Härte gemäß § 84 des Betriebsrätegesetzes gegenüber der Arbeiterin darstelle, indem die Entlassung nicht durch das Verhalten der Arbeiterin hervorgerufen sei. Da dem Unternehmen, das etwa 200 Arbeiterinnen beschäftigt, ohne weiteres zugemutet werden könne, die Arbeiterin weiterzubeschäftigen, sei wie ergangen zu erkennen.

Aus den Gauen und Zahlstellen

Frankfurt a. d. Ober. Am 12. Dezember tagte im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung, in der Gauleiter Kollege Fischer (Berlin) über „Die Folgen der neuen Tabaksteuer und wie sollen die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen unterstellt werden“ referierte. Redner gab in anschaulicher Weise ein Bild von der Lage in der Tabakindustrie, wie sie sich durch die Folgen des Tabaksteuergesetzes herausgebildet hat. Noch nie hätten sich die Tabakarbeiter in einer solchen Notlage befunden, wie augenblicklich. Stilllegungen und Einschränkungen der Fabrikation und demzufolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit seien an der Tagesordnung. Auch die durchaus unzulänglichen Löhne, die nicht einmal ausreichten, den Hunger zu stillen und die allernotwendigste Kleidung zu kaufen, zog Redner in den Kreis seiner Erörterung. Nach einer übersichtlichen Schilderung der Ursachen und Zusammenhänge der jetzigen Wirtschaftskrise kam Kollege Fischer auf die im Reichsan- und Steuer- auschuß langgeführten Verhandlungen über die Verringerung des Tabaks und die Unterstützung der Tabakarbeiter zu sprechen. Von der Leitung des Verbandes und dem Kollegen Schlüter sei alles getan worden, um die Verringerung des Tabaks abzuwenden und, nachdem das nicht möglich war, eine angemessene Unterstützung der Tabakarbeiter zu erzielen. Leider seien alle Bemühungen an der tabakarbeiterfeindlichen Stellungnahme des Reichsan- gestoppt. Dann erwähnte Kollege Fischer eingehend die gerichtlich durchgeführten vorläufigen zum Artikel III des Tabaksteuergesetzes und kritisierte die Verschleppungspolitik des Reichsan- und Reichsarbeitsministeriums. Von unserem Verband werde alles versucht, dem Entwurf der Ausführungsbestimmungen die Entschärfung auszubringen und eine schnelle Herausgabe der Ausführungsbestimmungen zu erzielen. Zum Schluß seiner interessanten Ausführungen forderte der Referent die Mitglieder und Kollegen zu einer regen Mitarbeit bei anderen Verbänden auf. Jetzt beginnt der Kampf um die Entschärfung der Bestimmungen hinein in die Organisationsarbeit, nach welcher die ersten Schritte gestellt hätten, welche vom Reichsan- bestimmt werden. In dem zweiten Punkt der Tagesordnung, „Arbeitslosigkeit“, die Rede auf einen Meister, der weibliche Arbeiterinnen, welche an Tabak verbrauchten, ins Licht gehalten hat. Darauf wurde die Versammlung nach einem Schlußwort des Kollegen Schlüter geschlossen.

Denkhausen und Umgegend. Durch die örtlichen Reichsan- und den Beschluß des Verbandes ist in Denkhausen Tabakarbeiter Mitglieder aus den Zahlstellen des Reichsan- gegen die Veranschaulichung der Zahlstellen des genannten Wirtschafts-

gebietes naherzutreten. Zur Erörterung dieser für die Tabakindustrie und des Wirtschaftsgebietes sehr wichtigen Frage war der Verbandes- obmann, Kollege Detzmann (Kreuzen), auf Einladung der Kollegen Wörpe und Nehme nach hier gekommen. In der Versammlung, die am 30. November stattfand, verband er es, den anwesenden Kollegen die wirtschaftlichen Verhältnisse anderer Industrie vor Augen zu führen. Eine größere Mäßigkeit der Kollegen sei notwendig. Obwohl die Vertreter der Zahlstellen Tabakarbeiter nicht zusammen, konnte zu einer Vereinigung der Zahlstellen gesritten werden. Wegen der Bestellung eines Vorsitzenden war man der einstimmigen Ueberzeugung, daß diese sehr wichtige Frage einer Kommission, bestehend aus Vertretern eines jeden Ortes, zu übertragen sei. Die Kommission hat unter dem Vorsitz des Kollegen Siedemann (Wörpe) gewählt und beruft zum 13. Dezember 1925, morgens 10 Uhr, nach Fischhaupt in Nehme eine Betriebsraterversammlung ein, die sich mit dieser Sache befassen soll.

Schmaltalben. Am 20. Dezember fand in Schmaltalben eine Konferenz der Zigarrenarbeiter für die Zahlstellen Steinbach-Hallenberg, Proterode und Ung., Wajungen und Waidorf statt, die sich unter anderem auch mit dem Ausbau der Organisation zu beschäftigen hatte. Der Gauleiter, Kollege Schmidt, Nordhausen, ging zu Beginn seiner Ausführungen auf die schwere Krise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in der Zigarrenindustrie ein. Die verkehrte Steuer- und Handelspolitik sei Schuld an diesem über die deutsche Arbeiterschaft hereingebrochenen Uebel. In gegnerischen Lager mangelte es in sehr hohem Maße an Mitteln, die den Arbeitern Vorschläge, Verbesserungen vorlegen und Schlußfolgerungen, die den Arbeitern einige Prozent Lohnerhöhungen bringen könnten, unterbreiten wölen. So wird die Notlage der Arbeiterschaft ausgemittelt. Die Zigarrenindustrie war bei jeder Krise die erste, die in wirtschaftlicher Hinsicht gezogen wurde, und bei jeder herberlichen Notlage stand der Tabak an erster Stelle, und der Rückgang der Arbeiterzahl in unserer Industrie sei wohl der beste Beweis für die andauernde Verarmung der Industrie. Kollege Schmidt schloß seine Rede mit einer Mahnung für arbeitslose und kurzarbeitende Tabakarbeiter, und ließ nicht unerwähnt, daß der bürgerliche Reichstag den vom Kollegen Schlüter eingebrachten und vom Reichsan- angenommenen Antrag, die Tabakarbeiter nach § 84 zu unterstützen, abgelehnt hat. Wir müssen alles aufbieten, unseren Mitgliedern bei der Erlangung der nach dem in Artikel III des Tabaksteuergesetzes vom 10. August d. J. festgesetzten Unterstützungen behilflich zu sein. Bei den zur Verfügung stehenden Mitteln müssen aber unsere Kollegen, besonders aber unsere Kameraden an das mit der Tabaksteuer befallene Unrecht denken. In dieser Zeit darf aber auch nicht vergessen werden, unseren Verband auszubauen. Um unseren Mitgliedern bei allen Gelegenheiten sofort behilflich sein zu können, sei die Schaffung eines neuen Bezirks notwendig. Eine Einrichtung, wie sie Steinbach-Hallenberg bereits habe, sei auch für Proterode erforderlich. Redner mahnte den Vorsitz, für Proterode einen Kollegen freizustellen und die Orte Proterode, Serrig, Trüben, Herrenbreitungen, Klein Schmaltalben, Rumbach, Schönbach, Nord, Struth und Schmaltalben zu einer Bezirksabteilung zusammenzufügen und für die vom Bezirk Steinbach-Hallenberg abgeleiteten sechs Orte die Orte Wajungen, Waidorf und Schmaltalben anzuschließen.

Zu der Ansprache, an der sich die Kollegen Kaufmann, Wörpe und Schmidt (Proterode), Siedemann (Klein Schmaltalben), Langguth und Hoffmann (Wajungen) und die Kollegen Siedemann (Schmaltalben) beteiligten, wurde das Wort und Wort übergeben und der Vorsitz des Gauleiters gegen eine Entschärfung angenommen. Darauf anschließend ging der Kollege Schmidt (Steinbach-Hallenberg) auf die Ausführungsbestimmungen zum Artikel III des Tabaksteuergesetzes ein und wies an einigen Beispielen, wie die Steuer für den Tabakarbeiter durch die Behörden die Erlangung der Unterstützung gemacht werde. In solchen Fällen sei es Aufgabe der Verbandesvertreter, einzugreifen und den Mitgliedern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Nach einigen noch markanten Ausführungen des Gauleiters erreichte die anregende Konferenz ihr Ende.